

Ergänzende Erläuterungen der Ergebnisse in der ersten Beobachtungsphase:

ÖVP fordert „ein Bettelverbot für bestimmte Teile der Altstadt! Die Schaffung von Infrastruktur (Unterkünfte, medizinische Versorgung) für Bettler würde den Zuzug nur noch weiter verstärken und ist daher abzulehnen.“ (S. 15, WP) Die Schaffung menschenwürdiger Bedingungen in der Stadt für diese verletzte Personengruppe der ArmutsmigrantInnen wird strikt abgelehnt (-).

Für die Obdachlosen will ÖVP „menschliche Unterbringungsmöglichkeiten und Betreuungsformen“ (S. 68, WP) schaffen (+). Auch für weitere Armutsbetroffene, Frauen, Jugend, Kranke, Menschen mit Behinderung, SeniorInnen sieht ÖVP Notwendigkeit der Fördermaßnahmen (+). Alleinerzieherinnen will ÖVP besonders unterstützen, wobei hier anscheinend nur Frauen gemeint sind (+/-).

Beim Thema Kinderförderung wird klar auf Vermittlung „... unserer christlich-sozialer Werte“ (S. 59, WP) Wert gelegt. Dagegen Mehrsprachigkeit und Interkulturalität außer Acht gelassen (-).

Beim Thema andere religiöse Gruppen wird klar auf Bevorzugung der christlichen Gemeinschaft Wert gelegt – „Die ÖVP Stadt Salzburg fordert die im Gesetz vorgeschriebene Anbringung des Kreuzes in allen Kinderbetreuungseinrichtungen (...) ungeachtet des kulturellen Hintergrundes von Kindern (...)“ (S. 59, WP) (-).

Beim Thema „MigrantInnen“ allgemein thematisiert ÖVP nur die Diskriminierung der Frauen innerhalb der Gemeinschaften und will mit Deutschkursen für Frauen dagegen Abhilfe schaffen (S. 54, WP), die Diskriminierungen innerhalb der Gesellschaft werden nicht thematisiert. ÖVP will „Integration (...) unter Vorzeichen der gewachsenen Kultur, unserer Geschichte, unseren Traditionen und unseren christlich-sozialen Werten erfolgen.“ (S.57, WP) Interkulturalität und Mehrsprachigkeit werden nicht thematisiert (-).

Für Flüchtlinge will ÖVP zwar den Zugang zum Arbeitsmarkt verbessern, leider wird dies nur im Zusammenhang mit Sexarbeit und auf herabwürdigende Weise („Asylantinnen“, „Asylmissbrauch“) thematisiert, dass die Bewertung der Übereinstimmung mit der Charta auch diesbezüglich negativ ausfällt:

„Asylmissbrauch: Prostitutionsverbot für Asylantinnen

Die wiederkehrenden Erhebungen des Amtes für öffentliche Ordnung haben es an den Tag gebracht: es gibt einen bestimmten Prozentteil von Asylantinnen, die während der Dauer der Asylverfahren der Prostitution nachgehen.

Eine Lösung wäre im Zuge der Novellierung des Asylgesetzes leicht möglich und würde diese Art des Asylmissbrauches sofort abstellen. Diese Forderung wird von uns in Richtung Bund weiterhin aufrechterhalten. Asylwerber soll der Zugang zum Arbeitsmarkt generell erleichtert werden, damit sie nicht auf illegale Beschäftigungsmöglichkeiten ausweichen müssen.“ (S. 17, WP) (-)

Auch für die Personen, die der Sexarbeit nachgehen, will ÖVP keine Verbesserungen herbeiführen, sondern durch die Kontrollen und Bestrafung das Problem „bekämpfen“ (-).

SPÖ bekennt sich explizit zur Menschenrechtsstadt Salzburg, zur Interkulturalität und Vielfalt, siehe Ergebnisse erster Phase. „Ziel unserer Politik ist es demnach in Salzburg in allen Bereichen, die unterschiedlichsten Bedürfnisse und Anforderungen mitzudenken und im Sinne der Menschen zu gestalten.“ (S. 19, WP) (+) Sieht außerdem die Fördermaßnahmen für Kinder (S. 23-25, WP), Schaffung des bedarfsgerechten Angebots der Kinderbetreuung für Alleinerziehende (S. 23, WP) und Mitbestimmung für Jugendliche (S. 22, WP) vor, Verbesserungen für SeniorInnen (S. 20f., WP) und Ausbau der Barrierefreiheit (s. 18, WP) (+). In Bezug auf die neuen Armutswanderungen tritt SPÖ für den „menschenwürdigen Umgang mit BettlerInnen, die im öffentlichen Raum still betteln (...)“ (S. 21, WP) ein, allerdings ohne konkrete lokale Maßnahmen vorzuschlagen (+/-).

BÜRGERLISTE äußert sich sowohl im Wahlprogramm als auch in anderen Medien durchgehend im Sinne der Charta. Für Frauenförderung (auch Alleinerziehende) sieht sie eine Reihe der Maßnahmen vor, wie z.B. „Kinderbetreuungseinrichtungen flächendeckend verbessern – Öffnungszeiten an die Arbeitsmarktsituation anpassen; Prüfung alternativer Arbeitsformen wie gestaffelte Arbeitszeit, dislozierte Arbeitsplätze, freie Zeiteinteilung; Frauenqualifizierungsmaßnahmen und Berufsförderungsprojekte für Frauen“ (S. 12, WP) (+). Außerdem Fördermaßnahmen für Kinder und Jugendliche (S. 15, WP) (+), für Menschen mit Behinderung (S. 9f, WP) (+), für SeniorInnen (S. 11f, WP) (+). Für MigrantInnen will die Bürgerliste Benachteiligungen abbauen und will „Chancengleichheit für alle (...) (und) das Bewusstmachen der Vielfalt und Differenz“ (S. 12, WP) (+). Im Bereich der Armutsmigration tritt die Bürgerliste für die Gewährleistung der Basisversorgung ein (S. 12, WP) (+).

FPÖ tritt dafür ein, dass „die Teilnahme und der Zugang von Menschen mit Behinderungen zum öffentlichen Leben (...) sichergestellt werden (muss)“ (S. 11, WP) (+). Förderung von Frauen sieht FPÖ nur im Zusammenhang mit Familie als wichtig an (+/-). Die Forderung der FPÖ die Vergabe von Wohnungen an das Beherrschen der deutschen Sprache zu knüpfen - „Ausreichende Deutschkenntnisse bei Vergabe von städtischen Wohnungen!“ (S. 15, WP) benachteiligt zugewanderte BürgerInnen (-). Die Forderung des „Deutsch als Schulsprache - auch in den Pausen!“ diskriminiert Kinder mit anderer Erstsprache (S. 12, WP) (-). Für den Bereich von Menschen mit Behinderung werden Verbesserungen eingefordert. Im Bereich von SeniorInnen thematisierte Verbesserungsmaßnahmen richten sich exklusiv an „unsere“ einheimischen SeniorInnen – „Sozialleitungen nur für unsere Leute!“ (S. 10, WP) (-). Beim Thema „Sicherheit“ ist die FPÖ für „Kampf gegen Kriminalität und Bettelunwesen (...)“ (S. 11, WP) und fordert „Generelles Bettelverbot in der Altstadt!“ (ebd.), was einerseits die Bettelnde kriminalisiert, andererseits klar der Charta widerspricht. Dies trifft insbesondere die ArmutsmigrantInnen (-).

NEOS will Barrierefreiheit im Wohnbereich – „Förderung von flexiblen und generationenübergreifenden Wohnmodellen (Pflegegemeinschaften, barrierefreie Wohnungen, Betreutes Wohnen, Mehrgenerationenhäuser)“ - und Kinderbetreuungsangebot ausbauen (+).

KPÖ will Barrieren für Menschen mit Behinderung abschaffen und ein Leitsystem in gesamter Stadt schaffen (S. 21, WP). Für Frauen will sie die sicheren Arbeitsplätze ausbauen und die Benachteiligungen abbauen (S. 5, 12, WP), für Mädchen Beratung ausbauen (S.12, WP). KPÖ will bedarfsorientiert und umfassende Armutsbekämpfungsstrategie entwickeln und u.a. Notschlafstellen ausbauen (S. 20f, WP) (+). Außerdem will sie sich für die Verbesserungen im Bereich der Beschäftigung, Wohnen und auch politischen Beteiligung (Wahlrecht, S. 9, WP) der MigrantInnen einsetzen und Benachteiligungen abbauen (+). Für AsylwerberInnen fordert die KPÖ Grundversorgung unabhängig vom rechtlichen Status (+). Für Kinder und Jugendliche will sie im Bildungsbereich, im Ausbau der Jugendzentren, des Freizeitangebotes und beim Einstieg ins Arbeitsleben an Verbesserungen arbeiten (+). Und auch verstärkte Maßnahmen zur Verbesserung der Altersvorsorge und der Situation der älteren Menschen (+).

LISTE TAZL: kein Wahlprogramm im Beobachtungszeitraum ermittelbar. Die Spitzenkandidatin spricht sich im Stadtblatt vom 5./6.2.2014 für Sprachförderung der „Migrantenkinder“, aber generell wird die einseitige Anpassungsleistung von MigrantInnen erwartet (-). Außerdem tritt sie für ein generelles Bettelverbot ein – was der Charta widerspricht (-).



DIE LINKE will aktiv gegen Armut in der Stadt vorgehen und sich für dauerhafte Wohnversorgung der Wohnungslosen einsetzen, für Menschen mit niedrigem Einkommen (u.a. AsylwerberInnen) öffentliche Verkehrsmittel gratis zur Verfügung stellen und Arbeitszugang für AsylwerberInnen schaffen (+). Außerdem setzt sich die Linke für gelebte Integration – Verbesserung der Sprachförderung der Kinder, des Staatsbürgerschaftsrechts, des Fremdenrechts kommunales Wahlrecht der Zugewanderten und für Bleiberecht der AsylwerberInnen nach 1,5 Jahren – ein (+). Für ältere Personen will die Linke einige Verbesserungen, wie z.B. verbesserten Zugang zu den Dienstleistungen der Stadt, herbeiführen (+). Betteln sieht sie als Menschenrecht an und will sich für Kooperationsprojekte mit den Herkunftsgemeinden engagieren (+).

BÜRGER FÜR SALZBURG will in ihrem Wahlprogramm Betreuungsangebot in den Kindergärten und Schulen ausbauen (+).

DIE PIRATENPARTEI ist im Berichtszeitraum kein Wahlprogramm auffindbar. Die Partei tritt auf der Homepage für Bürgergerechte Wohnungspolitik und Kampf gegen Wohnungsnot auf (+).

TEAM SALZBURG - EDI MAINONI – das Wahlprogramm enthält keine Programmpunkte zum Artikel IV der Charta.